

Beitrag zum II. Andrassy Forschungsseminar „Konsens und Evolutorik“ am 27.-29.4.2006

Thema: **ZIVILRELIGION IM EURO-ATLANTISCHEN RAUM.**

Vor einigen Jahren (2001) veranstaltete die Atlantisch Akademie Rheinland-Pfalz eine Tagung zu der Frage nach „Religion und Zivilreligion im Atlantischen Bündnis“¹. Ich war damals als deutscher NATO-Gesandter aufgefordert worden, einen Beitrag mit dem Thema „Das Atlantische Bündnis – eine Schule der Demokratie“² zu verfassen, eine Überschrift, der das Fragezeichen fehlte. Seither hat mich die Frage nicht mehr losgelassen, ob es eine Wechselbeziehung gibt zwischen dem, was man gemeinhin „westliche Werte“ nennt und einer Zivilreligion der Europäischen Union oder der NATO, mit anderen Worten, ob die genannten Gemeinschaften sich auch als ein „Bereich religiöser Ordnung“ ausweisen.³ Gerade nach der neuerlich aufgeflammteten Diskussion der Huntington These vom „clash of civilizations“ vor dem Hintergrund islamistischen Terrors ist diese Frage aktueller denn je.

Könnte danach das NATO-Emblem der Windrose oder das blaue EU-Banner mit dem Kranz aus 12 Sternen als zivilreligiöses Symbol dienen? Nach atlantischer Lesart werden der Kreis der Windrose als Zeichen der Einheit, des Konsenses und der Verbundenheit gedeutet, die Kompassrose als Symbol des gemeinsamen Zieles und der blaue Grund als der verbindende Atlantik verstanden. Spekulativ sind viel weiterreichende Deutungen versucht worden: etwa sei der Kompass wegweisend und in Gefahrensituationen rettend, der „Außenwelt“ gegenüber signalisiere er Abwehr und Rundumverteidigung, ja man könne ikonographisch sogar ein christliches Kreuz erkennen⁴ - wie es sich ja auch als Symbol auf jedem deutschen Militärflugzeug oder Panzer befindet. Ähnlich könnte man die EU-Flagge als Symbol gemeinsamer Überzeugungen, einer europäischen Wertegemeinschaft, einer gemeinsamen Kultur der Mitgliedsstaaten oder sogar einer gemeinsamen christlichen Tradition deuten. Wie ist dies aber abseits bloßer Symbolik zu begründen? Reicht es etwa, auf die Präambel des Nordatlantikvertrages zu verweisen, in der es heißt:

„Die Parteien dieses Vertrages...sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“?

¹ Atlantische Texte, Hg. Werner Kremp, Berthold Meyer, Religion und Zivilreligion im Atlantischen Bündnis, Band 14, WVT Trier 2001

² ebenda, S. 187

³ Eric Voegelin, Die politischen Religionen, München (Wilhelm Fink), 19993, S. 63

⁴ vgl. Fußnote 1, Vorwort der Herausgeber, S. 10

Zur Begründung des Programms „Partnerschaft für den Frieden“, eingerichtet von den Staats- und Regierungschefs beim NATO-Gipfel am 11. Januar 1994, heißt es, diese Partnerschaft werde „die politische und militärische Zusammenarbeit in ganz Europa erweitern und intensivieren, Stabilität festigen, Bedrohungen des Friedens verringern und gestärkte Beziehungen aufbauen durch die Förderung des Gedankens der praktischen Kooperation und das *Eintreten für demokratische Grundsätze*, die unser Bündnis bestimmen“.⁵

Ähnlich hat die EU 1993 ihre Erweiterungskriterien formuliert:

„Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muß der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für *demokratische und rechtsstaatliche Ordnung* für die *Wahrung der Menschenrechte* sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben“.⁶

Sechs Jahre später beschloß derselbe Rat, eine Charta der Grundrechte der Europäischen Union auszuarbeiten, um der europäischen Wertegemeinschaft auch einen rechtsverbindlichen Grundrechtsschutz zu gewähren.⁷ Wer sich an die Sanktionspolitik von 14 EU-Mitgliedsstaaten gegenüber Österreich im Jahre 2000 erinnert, weil angeblich der Koalitionspartner FPÖ mit seiner Politik den europäischen Wertekanon gefährdete, der weiß, wie ernst dies gemeint war.

Ist es schließlich erlaubt, von der Erweiterung der NATO um die ersten drei Neumitglieder Polen, Ungarn und Tschechien im Jahr 1999 von einer „katholischen“ Erweiterung zu sprechen? Hatte nicht der polnische Staatspräsident Kwasniewski in einem Interview mit der International Herald Tribune⁸ klar gemacht: „For Poland it’s God and NATO“ und damit die Zugehörigkeit Polens zur euro-atlantischen Wertegemeinschaft auf eine religiöse Ebene gehoben? Weniger religiös, aber doch wertebetont hatte der ungarische Schriftsteller Peter Nadas festgestellt: „Most Hungarians support joining NATO not because they are insanely militaristic but because they believe in democracy“⁹. Schließlich bezeichnete NATO-Generalsekretär Solana die Erweiterung des Bündnisses als „moralischen Imperativ“¹⁰, ein Aspekt, der auch in der sehr ernsthaften Debatte des Deutschen Bundestages zur Osterweiterung des Bündnisses gar als „kategorischer Imperativ“ aufschien und sich damit an Kants Vorstellungen vom ewigen Frieden in Europa auf der Grundlage von Demokratien orientierte.

Tatsächlich hat die Kriegsursachenforschung die These hinlänglich belegt, daß Demokratien untereinander praktisch nicht in den Krieg ziehen, der Kommentator der New York Times, Tom Friedman, hat dies einmal profaner

⁵ Reinhard Bettzuege, Das Atlantische Bündnis-eine Schule der Nation, in: Atlantische Texte Band 14, Trier 2001, S. 187

⁶ Schlußfolgerungen des Europäischen Rates vom 21./22.Juni 1993, in: Europa-Archiv 48/1993, Nr. 13/14, S. 264

⁷ Rengeling, Hans-Werner: Eine Charta der Grundrechte. Die EU wird zur Wertegemeinschaft, in Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 21. Juli 1999

⁸ März 1999

⁹ International Herald Tribune v. 1.10.96, The duty of democracies, or why Hungary belongs in NATO“

¹⁰ Rede vor der Hanns-Seidel-Stiftung in München am 4.11.97

ausgedrückt: Zwei Staaten, in denen sich jeweils eine MacDonalld-Filiale befände, würden nie Krieg gegeneinander führen...Euro-Atlantische Ordnungsstruktur also, die weit über den Bereich der reinen Sicherheitspolitik hinausgeht, vielmehr auch kulturelle Bezüge aufweist, jedenfalls eine „community of power“¹¹.

Ähnlich der US-Außenminister bei Gründung der NATO 1949, Dean Acheson, der in seinen Erinnerungen von der NATO als „an open covenant (Vertrag, Bibel, Bund) arrived at“ spricht. Der Friedensforscher Czempiel schrieb vom Konsens in der internationalen Politikwissenschaft darüber, „daß die wichtigste Friedensursache, derjenige Faktor also, der die Gewalt in den Außenbeziehungen eliminiert und durch gewaltfreie Konfliktregelungen ersetzt, das *demokratische Herrschaftssystem und seine ökonomische Basis, die Marktwirtschaft*, ist. Zwischen Demokratien entsteht die `Pacific Union`, der Friedensbund.“¹²

Noch tiefgründiger hat es Henry A. Kissinger ausgedrückt, der mit Bezug auf sein Erlebnis des Kalten Krieges, den die NATO gewinnen sollte, seine Gefühle wie folgt beschrieb:

„...im tiefsten Sinne fühle ich mich als Teil eines Universums, das wir kaum besser begreifen können, als eine Ameise, die den Versuch unternimmt, unsere Erde zu beschreiben. Dieses Gefühl der Endlichkeit des menschlichen Daseins verglichen mit der Unendlichkeit der Schöpfung, ist der Anfang aller Religiosität, da wir letzten Endes noch nicht einmal fähig sind, das Konzept der Unendlichkeit auch nur annähernd zu verstehen“.

In seinem Traktat „Fortdauer des Theologisch-Politischen?“ hat der französische Politphilosoph Claude Lefort¹³ festgehalten, daß Politik und politische Ordnungen nicht angemessen erkannt und bewertet werden könnten, solange die *religiöse Dimension* unbeachtet bleibe. Nicht nur Neo-Konservative in den USA verweisen gern auf das religiös fundierte Motiv der „*shining city upon a hill*“, das die Gründungsväter zum Modell der neuen Welt erhoben: Rechtfertigung für ein Selbstverständnis als entscheidende Ordnungsmacht in einer globalisierten Welt. Die rhetorische Figur der „axis of evil“ der Präsidenten Reagan und Bush weist die Rolle des Bösen, des Antichristen, des Teufels zu, des Guten gegen das Böse, um gegen das „viper`s nest of perils“¹⁴ gewappnet zu sein. Diese Stigmatisierung von Gut und Böse unterscheidet zwischen „uns“ und den „anderen“ („wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, George W. Bush).

Nach dieser Vorstellung wird die eigene Welt als die wirkliche, die gottgewollte Welt verstanden, göttlichem Willen entsprungen und per Überzeugung, per Verfassung, per ziviler Religion zu einem universell gültigen Kosmos aus Werten, Überzeugungen und Prinzipien gemacht. Religiöse Referenzen spielen bis heute eine große legitimatorische Rolle in der amerikanischen Außen- und

¹¹ Woodrow Wilson, *On Being Human*, Bedford MA, 1996, S. 19

¹² Ernst Otto Czempiel, in: HSFK-Standpunkte vom 4. Juni 1995

¹³ Wien, Passagen-Verlag, 1999

¹⁴ Madeleine Albright, in: *The Clinton Doctrine*, Baceich, Kaplan, *The Weekly Standard*, September 30, 1996

Sicherheitspolitik, was von manchen europäischen Politikern allerdings mit Sarkasmus bedacht wird, wenn es um die moralische Qualität außen- und sicherheitspolitischen Handelns geht, siehe Irakkrieg.

Sie wollen jedenfalls die Überzeugung nicht mittragen, die im folgenden Zitat ausgedrückt wird: „*there is a whisper through our history: the people of the world want to be like us; the world is populated by frustrated or potential Americans*”¹⁵ Was sie aber mittragen, ist sicher das Verständnis der Notwendigkeit, eine Weltinnenpolitik zu gestalten, nach den Regeln der Vereinten Nationen, die in letzter Konsequenz ein Bund von Staaten ist, Kants „Weltrepublik“. Dies ist sicher der am weitest gehende zivilreligiöse Ansatz der euro-atlantischen Gemeinschaft.

Wer sich die politische Rolle von Papst Johannes Paul II. in seinen Stellungnahmen gegen den Kommunismus anschaut, mag gar eine Achse NATO-Vatikan entdeckt haben, wie sie auch José Casanova schon beschrieben hat: „The Washington-Rome alliance became one of the key axes in the policy of containment of communism. Catholics became full partners of a Christian Democratic West and of the North Atlantic Alliance”.¹⁶ Es gibt Stimmen, die dagegen halten, etwa Robert D. Kaplan, der während des Kosovokrieges und gleichzeitig zum 50.Geburtstag der NATO schrieb: „The admission of Poland, the Czech Republic and Hungary into NATO has formalized this dangerous historical and religious redivision of Europe between a Roman Catholic and Protestant West and an Orthodox Christian and Muslim East”.¹⁷ Er fügte die Behauptung hinzu, daß bei Scheitern einer EU-Integration des Balkan Europa sich in den mittelalterlichen Grenzen wiederfinden würde, “with the newly expanded NATO a mere variation of the old Holy Roman Empire – the old Christian West, that is – and with the Near East beginning where the old Ottoman Turkish Empire once did...”.¹⁸ Von Plato zur NATO” also? ¹⁹ Eine Geschichte, die bei den Griechen ihren Anfang nahm und mit dem „Westen“ als euro-atlantischer Allianz endet?

Der Islamwissenschaftler Bernard Lewis von der Princeton University hat allerdings unlängst festgestellt: „Europa wird islamisch. Die Christen werden zur Minderheit in Europa. Amerika ist bedroht...“²⁰ Dabei führt er aus, Europas Kurs bestehe derzeit nur noch in der Beschwichtigung seiner moslemischen Minoritäten – die Majorität würden. Nimmt man die demographischen Prognosen der Bevölkerungsentwicklung ernst, so werden wir z. B. in Deutschland im Jahre 2050 nur noch etwas mehr als 50 Millionen Deutsche haben, in Europa werden dann mit fast 100 Millionen die Türken stärkstes Volk sein. Polemisch gefragt: Wozu also

¹⁵ Loren Baritz, *Backfire. A History of How American Culture Led us into Vietnam and Made us fight the Way we did*, New York 1985, S. 30f

¹⁶ José Casanova, *Globalizing Catholicism and the Return to a „Universal“ Church*, in: Susanne Hoerber Rudolph/James Piscatori (eds.), *Transnational Religion and Fading States*, Chicago 1997, S. 132

¹⁷ Robert D. Kaplan, *A NATO Victory Can Bridge Europe’s Growing Divide*, *International Herald Tribune*, März 1999

¹⁸ ebenda

¹⁹ David Gress, *From Plato to NATO. The idea of the West and its opponents*, New York 1998

²⁰ Interview in „Die Welt“ vom 19. April 2006

noch lange über Zivilreligion, christliches Erbe und westliche Werte nachdenken? Aber doch ist die Türkei seit 1952 Mitglied der NATO, wobei man trefflich streiten darf, ob eine Mitgliedschaft des Landes heute noch so einfach zu bewerkstelligen wäre wie damals, als es nur um ihre strategische Bedeutung ging. Neben Atatürk und der türkischen Flagge seien die Nationalhymne und der sog. Nationalpakt die wichtigsten Symbole der türkischen Zivilreligion, behauptet Markus Dreßler²¹. Danach wäre der politische Islam natürlicher Konkurrent der türkischen Zivilreligion, weil sie ja gerade mit dem Kemalismus die „Macht muslimischer Netzwerke“²² brechen sollte. Zudem hat auch die Türkei die Präambel des Nordatlantikvertrages mit unterschrieben. Dennoch: die Debatte um die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union zeigt, daß viele maßgebliche Politiker das Land außerhalb des „Westens“ sehen und daher allenfalls für eine privilegierte Beziehung, nicht aber für volle Integration stimmen würden. Wird damit die türkische NATO-Mitgliedschaft zu einem bloßen Zweckbündnis heruntergehandelt, nicht aber als Wertegemeinschaft aufgefasst? Kann aber vor diesem Hintergrund überhaupt noch von einer „christlichen“ NATO gesprochen werden? Sicher nicht.

²¹ Atlantische Texte Bd. 14, S. 329

²² a.a.O. S. 330

Was also ist die Zivilreligion der NATO?
Welche „Bibel“ liegt ihr zugrunde?

Welche Bedeutung hat es, daß die Führungsmacht des Bündnisses nicht erst seit George W. Bush eine zutiefst christlich-protestantisch geprägte Nation ist? Liegt in der amerikanischen Verfassung vielleicht schon die Kernzelle des Vertrags von Washington? Die religiös-ideologisch geführte Debatte um den Kosovo-Krieg könnte Beispiel dafür sein. Rolf Schieder fragt nach den „Konturen und dem Einfluß jenes Sinnhorizontes, vor dem...politisches Handeln begründet und gerechtfertigt wird“²³. Danach ist die Zivilreligion der NATO im Unterschied zu anderen Religionen zunächst einmal zivil, also nicht klerikal, und zivilgesellschaftlich, also nicht politisch-theologisch. Hermann Lübke sieht Zivilreligion als religiösen Minimalkonsens, der unabhängig von den Kirchen Teil der politischen Kultur sei²⁴. Niklas Luhmann dagegen definiert Zivilreligion anders: als „Wertkonsens“ nämlich.²⁵ Die Debatte um die „Leitkultur“ in Deutschland hat dies augenfällig gemacht. Kann man daher Zivilreligion zusammenfassen unter ihrem Verständnis von Ursprung und Bestimmung ihres Gemeinwesens?

Dann wäre der Europäische Verfassungsvertrag ein zivilreligiöses Dokument. Er ist nicht verabschiedet worden, weil Franzosen und Niederländer nein gesagt haben, auch, vielleicht sogar hauptsächlich vor dem Hintergrund befürchteter Überfremdung ihrer Gesellschaften, zumal durch Muslime. Wir haben vor kurzem im „Außenpolitischen Kolloquium“ mit unseren Studenten Gunther Hofmanns Aufsatz in der Zeit vom 2. März 2006 diskutiert, wo er die Wiederaufnahme der Türkeidebatte verlangte und den Europäern „Entgrenzung“ ans Herz legte, also eine Denkweise, die über den Tellerrand der heutigen Europäischen Union hinausblickt. Wenn diese Politik Gestalt annimmt, und sie ist ja auch hier in Ungarn heftig umstritten, dann wäre Zivilreligion der NATO und der EU zweifach definiert: als richtungweisende Moral zur Demokratie einerseits und als Brückenfunktion zur muslimischen Welt andererseits.

Die politische Erfolgsgeschichte Europas wie der NATO spiegelt sich vor allem im Aufbau demokratisch fundierter Gemeinwesen wieder. Wohl deshalb hat der frühere SACEUR General Joulwan die NATO als „Schule der Demokratie“ bezeichnet, als er darauf hinwies, daß bereits die bloße Aussicht auf Mitgliedschaft in der Allianz viele Nationen in Ost- und Mitteleuropa dazu gebracht habe, sich demokratisch zu verfassen, bilaterale Streitigkeiten zu überwinden, Grenzfragen zu regeln, politische Reformen anzugehen und ethnische wie Minoritätenfragen mit den jeweiligen Nachbarn einvernehmlich zu regeln – so geschehen zwischen der Slowakei und Ungarn mit dem Vertrag vom 16. März 1995 zu Minderheitenfragen, zwischen Polen und Litauen mit dem Grenzvertrag vom 6. März 1996, mit der deutsch-tschechischen Erklärung vom 21. Januar 1997 über aus

²³ a.a.O. S. 38

²⁴ H. Lübke, Religion nach der Aufklärung, Graz 1986, S. 320 f

²⁵ N. Luhmann, Grundwerte als Zivilreligion, in: H. Kleger/A. Müller, Religion des Bürgers. Zivilreligion in Amerika und Europa, München 1986, S. 186

der Vergangenheit herrührende Fragen, der polnisch-ukrainischen „Versöhnungserklärung“ vom 21. Mai 1997, der Unterzeichnung des russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrages vom 31. Mai 1997 über die Anerkennung der territorialen Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen und Minderheitenschutz, der estnisch-russischen wie der lettisch-russischen Grenzverträge oder der Gewährung von Minderheitenrechten für die russische Bevölkerung, alles dies Vorbedingungen sowohl für die Aufnahme in der NATO wie in der Europäischen Union und auch im Europarat.

Die FAZ nannte einmal als Hauptgrund für dieses „Feuerwerk der Versöhnungen“ das Bestreben, sich für den Verhandlungsprozess über die Mitgliedschaft in EU und NATO bestmöglich zu plazieren. Das geschah auch dadurch, daß die Zusammenarbeit der Staaten in Mittel- und Osteuropa an Dynamik gewann, auch die militärische Zusammenarbeit entwickelte sich progressiv, z.T. sogar rascher als die politischen Beziehungen, so zwischen Rumänien und Ungarn. Hier gab es Vereinbarungen über die Aufstellung gemeinsamer Bataillone für Peacekeeping-Aufgaben, dasselbe geschah zwischen Polen und Litauen sowie zwischen Polen und der Ukraine. Manöver wurden gemeinsam durchgeführt, meist im Rahmen des Partnerschaft-für-den-Frieden Programms der NATO. All diese praktischen, oft rechtlichen Schritte hatten eine gemeinsame politische Basis: das Gefühl der Zugehörigkeit zur euro-atlantischen „Familie“, wenn man es so ausdrücken möchte, einer neuen Identität, die es mit politischem Leben zu erfüllen galt: ein demokratisch fundiertes, rechtlich abgesichertes und in das Beziehungsgeflecht der Mitgliedschaft in die europäische und transatlantische „Gemeinschaft“ eingebettetes politisches Selbstverständnis zu entwickeln, das garantieren sollte, die Fehler der Vergangenheit nie zu wiederholen bzw. ihre Wunden zu heilen. Das war ein qualitativ neuer Aufbruch für vormals kommunistisch regierte Länder, deren politische Geographie plötzlich nach Westen verlegt war, mit Grenzen im unstabilen und politisch noch auf der Suche befindlichen „Osten“.

Immer hat die „Gemeinschaft von Demokratien“, wie es die Erklärung von Washington²⁶ sagt, sich verpflichtet gefühlt, für alle europäischen Demokratien offen zu bleiben, unabhängig von ihrer geographischen Lage. In derselben Erklärung heißt es weiter: Die NATO ist eine „Euro-Atlantische Gemeinschaft von Demokratien, eine Gemeinschaft, in der die Menschenrechte und die fundamentalen Freiheiten anerkannt sind, wo Grenzen im wachsenden Maße für Menschen, Ideen und Handel offen werden, wo Krieg undenkbar wird“. Interessanterweise verlangt der Artikel 10 des Nordatlantikvertrages, der die Erweiterung des Bündnisses um neue Mitglieder regelt, von diesen nur zwei Bedingungen: sie müssen europäische Länder sein und sie müssen in der Lage sein, zur Sicherheit des Bündnisses beizutragen – was implizit die Billigung der Präambel umfasst.

²⁶ Washington Declaration, März 1999, Nr. 3

Neue NATO-Gremien unterstrichen dies: etwa die Gründung des Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrats (1997 in Madrid), in dem auch Nicht-NATO-Mitglieder wie etwa die Schweiz oder Georgien Aufnahme fanden, um gesamteuropäische Sicherheitsanliegen zu diskutieren. Auch der NATO-Rußland-Rat oder die NATO-Ukraine-Kommission müssen hier erwähnt werden, beides Beweise für ein pan-europäisches Verständnis von Sicherheit und für die Notwendigkeit einer neuen Ostpolitik, die verhindern sollte, daß neue Gräben an den Ostgrenzen der transatlantischen Gemeinschaft entstehen könnten: die Nachbarschafts-politiken der EU legen dafür beredtes Zeugnis ab.

Ein mustergültiger demokratischer Leumund wurde dabei stets als „erste Bürgerpflicht“ angesehen, als Ausweis der Zugehörigkeit zu einem demokratisch verfassten Europa, wie es die Mitgliedschaft im Europarat so akribisch verlangt. Dies war stärkster Ausdruck der Zivilreligion im Bündnis, diese Basis ist in den letzten 15 Jahren nach der großen weltpolitischen Wende nur stärker geworden, politisch attraktiver auch, wie es die friedlichen Revolutionen in Georgien und der Ukraine zeigen, wenn auch noch nicht überall in Europa gefestigt, vgl. Belarus, Moldawien und einige Länder des Balkan. Dabei hat das transatlantische Momentum immer eine starke Rolle gespielt, wie es besonders in der Diskussion um das „Neue Europa“ augenfällig wurde oder auch in der Regierungserklärung des ungarischen Ministerpräsidenten Gyurcani, die gleich im ersten Satz festhielt: Ungarn ist ein europäisches Land mit dem Bündnispartner Vereinigte Staaten von Amerika.

Der amerikanische NATO-Botschafter Alexander Vershbow hat das in einer Rede vom 24. Januar 2000 einmal so ausgedrückt:

„Democratic Europe and North America are bound together as no other regions in the world. We are inextricably linked in a fortunate tangle of kinship, society, science, letters, and commerce. Our remarkably similar values and worldviews would inevitably bind us“.

Da ist sie wieder, die Wertegemeinschaft, die Zivilreligion, die sich mit den Erweiterungen nach Osten verbindet, um dort gleiche Standards, Verhaltensweisen, politische Berechenbarkeit, eben Demokratie zu fördern.

Hubert Humphrey, amerikanischer Demokrat, hat einmal gesagt: *„It may not be enough to merely defend democracy. To defend it may be to loose it. To defend it is to strengthen it. Democracy is not property; it is an idea“.* Die Umwandlung der alten zur neuen NATO mit ihrer fundamentalen politischen Rolle, gerade im EAPC und in der Pfp, hat erst die Möglichkeit der Einflußnahme auf demokratische Entwicklungen in Europa herbeigeführt. Dieses Prinzip wurde als *„democratic security“* bezeichnet. Besonders das Prinzip des Konsenses im Bündnis (wobei allerdings eine Obligation besteht, zum Konsens beizutragen) ist das überragende demokratische Prinzip, das natürlich im Warschauer Pakt gänzlich unbekannt war.

Die heutige Debatte über Demokratie in Rußland – wir haben das im März bei unserer Exkursion nach Moskau vor Ort eindrücklich studieren können- ist auch eine Debatte über *verlässliche Sicherheit*, nicht nur Energiesicherheit:

*„Wer in Europa verlässliche Sicherheit einrichten will, muß also vorrangig zur Demokratisierung der Herrschaftssysteme aller früheren Warschauer Pakt Staaten beitragen. Gelingt sie, vor allem in Rußland, ist alles gewonnen. Gelingt sie nicht, ist Entscheidendes verloren...Alle Nachbarstaaten werden erst dann sich verlässlich sicher fühlen können, wenn Rußland eine föderale Demokratie geworden sein wird“.*²⁷

Wie global wichtig dies ist, zeigt der Blick auf die Diskussion um das nukleare Potential Irans und die Rolle Rußlands in den andauernden Verhandlungen mit Teheran.

Hier ergibt sich der Bezug zur Charta der Vereinten Nationen: nur in diesem Rahmen sind Zwangsmaßnahmen gegen das iranische Regime möglich. Die NATO bezieht ihre völkerrechtliche Legitimation aus Artikel 51 der UN-Charta (Selbstverteidigung) in Verbindung mit Artikel 5 des NATO-Vertrages (Beistandspflicht) sowie Artikel 24 der UN-Charta mit der Hierarchie der Verantwortlichkeit für die Erhaltung des internationalen Friedens. Dieses Prinzip ist nur einmal durchbrochen worden mit der Begründung der Kosovo-Operation 1999 als „humanitäre Intervention“.

Der UN-Bezug verweist nochmals auf die „Weltinnenpolitik“ und damit die Rolle, die die NATO und die EU dabei spielen. Es geht aber dabei um nichts anderes als die neue Weltordnung, wer sie bestimmt, wer sie gestaltet, wer sie schützt. Die Sicherheitsstrategie der NATO (Strategisches Konzept vom 24. April 1999), die im kommenden Jahr neu formuliert werden soll, hat hier einschlägige Aussagen gemacht. Eine Friedensordnung soll es sein, der ein rationales politisches Kalkül und das Motiv des Eigennutzes zugrundeliegt. Hatte nicht schon Immanuel Kant auf den Handlungsgeist verwiesen, „der mit dem Kriege zusammen nicht bestehen kann, und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt“?²⁸ Es wird an dem politischen Willen der 26 Mitgliedsstaaten des Bündnisses liegen, diese Vision zur politischen Aufgabe zu machen. Im Juni 1999 stellte der NATO-Ministerrat in Kopenhagen den neuen Charakter des Bündnisses als eine auf Dauer verknüpfte transatlantische Wertegemeinschaft in Bezug auf Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie die Absicht heraus, zur Schaffung einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa beitragen zu wollen.²⁹

Wenn man die Frage eines *Krieges für Werte* stellt, wie es im Kosovo-Krieg 1999 der erklärte Fall war, dann ist es interessant, die Stellungnahmen von Kirchen und Parteien zu dieser militärischen Auseinandersetzung mit Milosevic nachzulesen,

²⁷ Ernst Otto Czempiel, in: HSFK- Standpunkte v. 4. Juni 1995

²⁸ Immanuel Kant, Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. 1795, in: des. , Werke in zehn Bänden, , hrsg. Von Wilhelm Weischedel, Band9, Darmstadt 1983, S. 191-251

²⁹ Kommunique vom 6./7. Juni 1999. Erklärung: Die sicherheitspolitischen Kernfunktionen der NATO im neuen Europa, Ziff. 1 und 2, zitiert nach Bulletin Nr. 66 vom 11. Juni 1991, S. 527

weil sie Aufschluß geben über die zugrunde liegende Zivilreligion des Bündnisses. Der Bundeskanzler formulierte in seiner Regierungserklärung vom 15. April 1999 so: „Die NATO ist eine Wertegemeinschaft. Gemeinsam mit unseren Partnern kämpfen wir im Kosovo für unsere Werte: Für Menschenrechte, für Freiheit und für Demokratie.“³⁰ Der Kanzler fuhr fort, in dieser Auseinandersetzung seien elementare Werte der westlichen Staatengemeinschaft tangiert, die „die Grundorientierung der Europäer, des europäischen Zivilisationsmodells“³¹ berührten: Mord, Vertreibung, Flüchtlingselend, fehlende Menschenrechte, Unfreiheit des politischen Systems und Genozid waren die zentralen Vokabeln.

Verteidigungsminister Scharping verwendet in derselben Debatte den Begriff von der Gefährdung des „Bestands Europa“, vom gemeinsamen Verständnis von Recht und Moral: „*Europa würde an seiner Seele Schaden nehmen, wenn es Völkermord und ethische Säuberungen auf seinem Boden hinnähme*“.³²

Die evangelische Kirche Deutschlands hat sich ebenso zustimmend zum Vorgehen der NATO geäußert: „Die internationale Staatengemeinschaft darf Verbrechen gegen die grundlegenden Menschenrechte, wie sie in der Verantwortung von Sloboda Milosevic seit vielen Jahren in Bosnien und jetzt im Kosovo geschehen, nicht tatenlos hinnehmen. Sie stehen im Gegensatz zu Gottes Gebot“.³³ In dieser Stellungnahme erkennt man deutlich die Schnittstelle zwischen Religion und Zivilreligion.

Die katholische Kirche reagierte differenzierter: der Papst kritisierte Milosevic ebenso wie den NATO-Militäreinsatz (Osterbotschaft 1999), während die deutschen Bischöfe die humanitären Ziele der NATO anerkannten.

Freilich waren einige deutsche Abgeordnete anderer Meinung, etwa 7 grüne MdBs, die feststellten, die NATO sei keine Menschenrechtsorganisation.³⁴ Auch Willy Wimmer von der CDU verneinte die angeblich moralische Intention der NATO („Die NATO wird zur Werkbank amerikanischer und britischer Interessen“)³⁵.

Es bleibt festzuhalten, daß 19 Demokratien (16 NATO-Mitgliedsstaaten plus 3 Erweiterungsländer) die Gründe für ihr militärisches Eingreifen in überzeugenden parlamentarischen Verfahren mit großen Mehrheiten absicherten und damit der humanitär begründeten Intervention den völkerrechtlichen Rahmen gaben.

³⁰ Fraktion der SPD, Woche im Parlament, Bonn, Nr. 7 vom 15. April 1999, S. 5 ff

³¹ ebenda

³² ebenda S. 28 ff

³³ epd-Dokumentation 23/99, Frankfurt am Main, 7. Juni 1999, S. 1

³⁴ Angelika Beer, in: Der Kosovo Krieg. Materialien u. Diskussion, Bündnisfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bonn/Berlin, 22.4.1999, S. 88

³⁵ Interview mit der Rheinzeitung, 30. August 1999, S. 6

Zivilreligion und atlantisches Bündnis, so lautete unsere Fragestellung. Wenn wir uns der Definition des „Sinnhorizontes“ anschliessen wollen, um Zivilreligion im Bündnis zu beschreiben, dann bleiben bislang wesentliche Fragen offen:

1. Wird die NATO wieder zum eigentlichen Ort transatlantischer Debatte und Entscheidung? Bundeskanzler Schröder hatte dies im März 1994 bestritten, seine Nachfolgerin hatte dies bei ihrem ersten Besuch bei der NATO Anfang des Jahres ausdrücklich gefordert. Nur dann nämlich wird die Grundlage für die Legitimation gemeinsamen politischen wie militärischen Handelns gelegt.
2. Wenn Zivilreligion einen moralischen Ansatz hat, wie halten wir es mit globalen Herausforderungen der Art der iranischen nuklearen Aufrüstung? Werden wir gemeinsam als Bündnis handeln oder, wie es Condoleeza Rice am 20. April 2006 formulierte, doch wieder nur eine Koalition der Willigen hervorbringen? Werden wir unterschreiben, daß Amerikaner wie Europäer ein gemeinsames Ziel haben: Die Verbreitung der Prinzipien liberaler Demokratie auf der ganzen Welt?
3. Wie halten wir es mit künftigen Erweiterungen der EU wie der NATO? Wie gehen wir mit dem Beitrittswunsch der Türkei zur Union um? Werden wir diese Fragen auf der Grundlage unserer Zivilreligion entscheiden?
4. Werden wir es zulassen, daß es zu einer neuen Teilung der Welt in West und Ost kommt, mit einem nicht demokratischen Rußland und einem kommunistischen China auf der Seite Ost?
5. Wird es uns gelingen, eine Brücke zum Islam zu schlagen? Werden wir gar erfolgreich sein, wie es der Vatikan vorschlägt, ein gemeinsames Verständnis einer Weltordnung und einer Weltinnenpolitik zu etablieren, das die Zukunft unserer Welt sicherer macht?

Kreativität und gesellschaftliche Ordnung, so lautet die Überschrift über unserem II. Andrassy Forschungsseminar. Beides, Kreativität und Gesellschaftliche Ordnung, sind zunehmend vonnöten.

DIE NATO GEHT AUF GLOBALE PARTNERSUCHE

Als der frühere amerikanische Verteidigungsminister William S. Cohen beim „16. Forum Bundeswehr und Gesellschaft“ der Welt am Sonntag am 25. Oktober 2005 in Berlin der NATO überraschend empfahl, mit Ländern wie Australien und Neuseeland neue Partnerschaften einzugehen, da blieb dieser Vorschlag fast gänzlich unbeachtet. Dabei hatte Cohen klar vorausgesehen, daß solche globalen Partnerschaften unumgänglich sein würden, wenn das Atlantische Bündnis mit inzwischen 26, demnächst 29 oder noch mehr Mitgliedsländern in seine neue Rolle als global agierendes Sicherheitsbündnis hineinwachsen wollte. Cohen hatte seine Überlegung damals wie folgt begründet: „Die NATO sollte ihre globalen Beziehungen verbessern und die Möglichkeiten schaffen, engere diplomatische und militärische Beziehungen mit Staaten einzugehen, die die Werte der Mitgliedsstaaten teilen,“. Er regte ferner an, das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ um diese Staaten zu erweitern oder ein neues Forum in der NATO zu entwickeln, das sich auf eine engere Kooperation mit diesen Staaten konzentriert.

Tatsächlich führt der alte Spruch „NATO goes either out of area or out of business“ nirgendwo mehr zu Stirnrunzeln, außer in Moskau vielleicht, und auch die Deutsche Bundeswehr ist es seit der Entscheidung der Karlsruher Richter aus dem Jahre 1994 gewöhnt, außerhalb der Bündnisgrenzen zu agieren, in Kampfeinsätzen wohlgerichtet, vom Balkan bis Afghanistan, vom Horn von Afrika bis in das Herz des schwarzen Kontinents, dem Kongo, und selbst so weit von Europa entfernte Gegenden wie Zentralasien, immerhin direkter Nachbar Chinas, sind nicht mehr tabu. Wie hatte das der frühere Verteidigungsminister Peter Struck doch so einprägsam formuliert: „Unsere Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“.

Wer das geltende sogenannte „Strategische Konzept“ der NATO aus dem Jahre 1999 für diese Fälle zu Rate zieht, der findet einen damals von 16 NATO-Mitgliedsstaaten unterschriebenen Konsens, wonach die Sicherheit der Allianz einer großen Vielfalt militärischer wie nicht-militärischer Risiken unterworfen ist, die aus vielen Richtungen drohen und oft schwer vorhersehbar sind. Diese Risiken beinhalteten Unsicherheit und Instabilität im Euro-Atlantischen Gebiet und in seiner Umgebung („*in and around the Euro-Atlantic area*“) und die Möglichkeit regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses, die sich jedoch schnell entwickeln könnten.

Das war ein großer Schritt für das Nordatlantische Bündnis, das sich doch über 50 Jahre hinweg stets als *Verteidigungs*-Bündnis verstand, mit dem Kerngedanken des Artikel 5 des Vertrages, wonach ein Angriff von außen auf eines seiner Mitglieder als ein Angriff auf alle verstanden werden würde. Neue Herausforderungen wie der Kampfeinsatz gegen Milosevic, als „Humanitäre Intervention“ zur Vermeidung eines Genozid deklariert, hatte sogar ohne formelles Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen stattgefunden, weil 19 westliche Demokratien am Ende des blutigen 20. Jahrhunderts nicht einsahen, daß die Menschenrechte der Souveränität eines Staates nachgeordnet sein sollten, dessen Diktator große Teile seiner eigenen Bevölkerung massakrierte. Ein weiterer Fall war der Krieg gegen die Taliban in Afghanistan, heute eine NATO-geführte Operation, an dem die Bundeswehr mit bis zu 3000 Soldaten beteiligt ist. Zum erstenmal hatte sich gezeigt, daß das Strategische Konzept von 1999 zu kurz gefaßt war: die Peripherie Europas hatte sich weit nach Südosten verschoben, an die Grenze zu China nämlich (denn Afghanistan hat eine gemeinsame Grenze mit China); die Bedrohungen für die Vereinigten Staaten und Europa kamen von dort, der 11. September 2001 war dort geplant worden. Mehr noch: Zum erstenmal in der Geschichte des Bündnisses war der Angriffsfall im Sinne des Artikel 5 ausgerufen worden, in dessen Folge die AWACS-Flugzeuge der NATO den nordamerikanischen Luftraum überwachen halfen.

Der NATO-Gipfel in Prag im November 2002 hatte die bestehende Lesart des Strategischen Konzept auf amerikanisches Drängen hin deutlich erweitert: nicht um Risiken an der Peripherie Europas ging es mehr, sondern um Abwehr aller Bedrohungen, aus welcher auch noch so fernen Himmelsrichtung auch immer sie kommen würden. Die global agierende NATO war geboren. So waren sich die Staats- und Regierungschefs in Prag denn auch einig, daß die NATO in die Lage versetzt werden müsse, sich effizient mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts auseinanderzusetzen. Das Bündnis sollte zentrale Institution für kollektive Verteidigung, sicherheitspolitische Konsultation und multinationale militärische Aktionen werden, eine Auffassung, die Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem ersten Besuch bei der NATO -im Gegensatz zu ihrem Vorgänger- nachdrücklich bekräftigt hat.

Selbst die Europäer waren diesem Gedanken beim Aufbau ihrer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität gefolgt. Javier Solana hatte das erste Kapitel der europäischen Sicherheitsdoktrin vom November 2003 unter die Überschrift „*Globale Herausforderungen*“ gestellt und festgehalten: „Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein wie näher gelegene. Nukleare Ambitionen in Nordkorea, nukleare Risiken in Südasiens und Proliferation im Nahen Osten sind allesamt ein Grund zur Besorgnis in Europa...die erste Verteidigungslinie wird oftmals im Ausland liegen“. Die Europäer waren und sind sich einig: „Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen erfordert“. Und auch die Strategie globalen Handelns wurde bekräftigt: „Wir müssen unsere Ziele

sowohl im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen als auch durch *Partnerschaften mit wichtigen Akteuren* verfolgen“.

Nichts anderes meinte Cohen. Das informelle NATO-Treffen der Außenminister am 27./28. April 2006 in Sofia griff diesen Gedanken neuer globaler Partnerschaften nun erstmalig formell auf. Am Ende des Treffens konnte NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer feststellen, es liege ein klarer Konsens in der Allianz vor, solche Partnerschaften zu etablieren, ein wichtiges Thema für das NATO-Gipfeltreffen am 28./29. November 2006 in Riga stand damit fest. Amerikaner und Briten hatten in Sofia ein gemeinsames Papier mit der Überschrift „NATO's Global Partnership“ vorgelegt, das präzise wurde: als neu einzugehende globale Partnerschaften wurden solche mit Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea genannt. Die bereits bestehenden strategischen Partnerschaften mit den Mittelmeerländern, Ländern des Kaukasus und Zentralasiens wurden als Begründung herangezogen, eine breite, flexible globale Partnerschaft aufzubauen.

Wie soll diese aussehen? Sie soll die Fähigkeit der NATO stärken, jungen Demokratien und fragilen Staaten individuell oder regional zur Seite zu stehen sowie mit gleichgesinnten Demokratien überall auf der Welt zusammenzuarbeiten, die unsere Werte teilten und sich an unseren Einsätzen beteiligten. Solche Länder, wie eben Japan und Australien, sollten an den Konsultationen des Bündnisses beteiligt werden und eine „strategische Kooperation“ mit der NATO aufbauen. Zugleich sollte interoperationelles Training angeboten werden. Dieses alles würde zwar noch nicht unmittelbar zu einer „Globalen Allianz“ führen, wäre aber doch immerhin schon eine „Allianz mit globalen Partnern“ – die beim NATO-Frühjahrgipfel im Jahre 2008 förmlich eingerichtet werden könnte.

Übrigens haben Australien und Neuseeland bereits zu NATO-geführten Operationen beigetragen und bereiten sich auf weitere solcher Einsätze vor, z.B. im Rahmen von ISAF in Afghanistan.

Ein Partnerland wird diese Entwicklung mit Unbehagen verfolgen, und das ist Rußland. Seit Mai 1997 in der NATO-Rußland Grundakte dem Bündnis im NATO-Rußland-Rat partnerschaftlich verbunden, hat Moskau nie ein Hehl aus seiner Abneigung gegen jegliche NATO-Erweiterung gemacht, schon gar wird es gegen globale Partnerschaften opponieren. Dies ist die eigentliche Herausforderung für die Strategen des Atlantischen Bündnisses: mit Rußland gemeinsam, nicht gegen es, ein globales Netzwerk von sicherheitspolitischen Partnerschaften aufzubauen, ohne im Kreml den Verdacht zu erregen, es ginge in Wahrheit nur um eine weitere Marginalisierung der Russischen Föderation.

Bei seinem Japan-Besuch im letzten Herbst pries Präsident Bush Japan als ein Land, das geholfen habe, das Leben anderer in der Region zu transformieren. Mit Frieden sichernden Missionen in Kambodscha und Osttimor hat Japan die strategische Last der USA in Südostasien erleichtert. Vor dem Hintergrund eines nuklearen Nordkorea und eines auch militärisch rasant wachsenden Chinas machen

Partnerschaften gerade mit den genannten Ländern der Region zunehmend Sinn, übrigens auch in Anbetracht anstehender Truppenverlegungen der USA aus Japan (nach Guam oder Hawaii) und Truppenreduzierungen in Südkorea – die NATO würde mit ihren neuen Partnerschaften solche Lücken auszugleichen versuchen.

Der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat am 7. Mai 2006 vor dem Council on Foreign Relations eine größere Dimension aufgezeigt, als er klar „vor den aus Rußland und China drohenden Unwägbarkeiten“ warnte und bemerkte: „Wenn wir die Weisheit, den Mut und die Kraft aufbringen, langjährige strategische Abkommen anzupassen, neue Partner aufzunehmen und allen widrigen Umständen und Schwierigkeiten zum Trotz durchzuhalten, werden wir einen ähnlichen Sieg in diesem langandauernden Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus und andere Gefahren dieses ungewissen neuen Jahrhunderts erleben“. Dies sind Befürchtungen, die nach der Überwindung des Kalten Krieges zwischen Ost und West vor einer neuen Teilung zwischen West und Ost (Rußland, China, Indien) Sorge haben, die unsere Sicherheit, unsere Werte, unsere Zivilisation massiv zu bedrohen in der Lage wäre. Man muß nicht zusätzlich Huntingtons „Clash of Civilizations“ bemühen, um die ganze globale Bandbreite einer solchen Entwicklung auszumalen.

Vor solchen Gefahren könnte uns ein global ausgerichtetes Bündnis mit starken Partnern auf der anderen Seite der Welt zumindest besser beschützen.

(Der Autor war deutscher NATO-Gesandter von 1995-2000 und ist derzeit Professor für Internationale Beziehungen an der Andrassy Universität Budapest.)